



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

**Rede**  
**der Bundesministerin für Bildung und Forschung,**  
**Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,**

**anlässlich**  
**der 63. Jahresversammlung**  
**der Max-Planck-Gesellschaft**

**am 14. Juni 2012**  
**in Düsseldorf**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Anrede

I.

Zwei Nachrichten aus den letzten Tagen lauten:

„Führende indische Universitäten sollen künftig nur noch mit ausländischen Hochschulen zusammenarbeiten, die in einem Weltranking unter die Top 500 kommen. Das hat laut des Magazins ‚University World News‘ die maßgebliche indische Hochschulbehörde beschlossen. Als internationale Kooperationspartner kommen für die Inder demnach nur Unis infrage, die es im ‚Times Higher Education Ranking‘ oder im ‚Shanghai-Ranking‘ unter die besten fünfhundert schaffen.“ (SZ, 12. Juni 2012)

„China plant baldige Schritte zur Förderung von Zukunftstechnologien. ... Vorgesehen seien unter anderem höhere Investitionen in diese Wirtschaftsbereiche sowie Steuererleichterungen. Die Regierung hat sieben strategische Industriesektoren ausgemacht, die besonders gestärkt werden sollen. Dazu zählen Energiespar- und Umwelttechnologien, neue Energiequellen, Öko-Automobile, neue Informationstechnologien, Biotechnologien, Industriematerialien und hoch entwickelte Industrieausrüstungen. Ziel ist eine grundlegende Modernisierung der Volkswirtschaft, um das langfristige Wachstum zu sichern.“ (Reuters am 12. Juni 2012)

Beide Nachrichten zeigen die konsequenten Bemühungen im asiatischen Raum, die eigenen Wissenschaftssysteme zu stärken und Innovation als Herzstück der Modernisierung der Volkswirtschaft und der damit verbundenen langfristigen Sicherung des Wachstums zu fördern. Diese Meldungen geben uns eine Ahnung davon, dass wir es im globalen Wettbewerb der Wissenschaftssysteme und der Ökonomien mit entschlossenen Partnern zu tun haben. Davon müssen wir uns in unseren Debatten in Deutschland und in Europa leiten lassen.

Gesellschaftliche Veränderungen wie der demografische Wandel, politische Entscheidungen wie die Energiewende, die Debatten über Klimawandel und den Aufbau der Energieversorgungssysteme, die Euro-Stabilität und damit verbundene Impulse für wirtschaftliches Wachstum der Volkswirtschaften führen unweigerlich zu Wissenschaft und Innovation. Unser Gestaltungswille im Blick auf das Wissenschaftssystem und zukunftsfähige Strategien für die Stärkung der Innovationskraft sind wichtiger denn je. Alles bislang Erreichte bildet die Ausgangslage für die nächsten wichtigen Schritte. Forschungspolitik braucht das konsequente Engagement über lange Zeiträume.

Wenn ich Ihnen heute über positive Entwicklungen in Deutschland berichte, dann tue ich das vor allem mit dem herzlichen Dank an die Max-Planck-Gesellschaft für ihren herausragenden Beitrag zur Attraktivität des Wissenschaftssystems und des Forschungsstandortes Deutschland. Die Welt beneidet unser Land um die Max-Planck-Gesellschaft. Sie machen sich um unser Land verdient.

Sie tun das auch, indem sie große Transformationsprozesse in unserem Land wissenschaftlich begleiten. Das gilt für die demografische Entwicklung des Landes, das ist so bei der Energiewende. Die wissenschaftliche Begleitung dieses großen Transformationsprozesses, von der der Präsident in diesen Tagen gesprochen hat, begrüße ich ausdrücklich und werde die damit verbundenen Pläne unterstützen.

Sie setzen wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland und sind gefragte Partner internationaler Forschungsorganisationen.

Auf diese Weise haben wir in den vergangenen Jahren gemeinsam viel erreicht. Ich denke an die konsequente Internationalisierung der Forschungspolitik und an die Fakten, die der Bundesbericht für Forschung und Innovation uns in diesem Jahr präsentiert hat.

Der Anteil am Brutto-Inlands-Produkt für Forschung und Entwicklung ist 2010 auf 2,82 Prozent gestiegen. Damit liegen wir in der Spitzengruppe der europäischen Länder und zeigen, dass wir das 3-Prozent-Ziel der Lissabon-Strategie ernst nehmen. Wir wollen diese drei Prozent erreichen und uns bei der weiteren Entwicklung an den internationalen Spitzen orientieren.

Die Zahl der Arbeitsplätze im Bereich von Forschung und Entwicklung ist zwischen 2005 und 2010 um 15 Prozent auf 550.000 gestiegen. Das sind Arbeitsplätze, die auch in anderen Bereichen Wohlstand und Beschäftigung schaffen. Wir wissen, dass jeder dieser Arbeitsplätze weitere nach sich zieht.

Der Bund hat seine FuE-Investitionen von 9 Milliarden im Jahre 2005 auf voraussichtlich 13,8 Milliarden in diesem Jahr gesteigert. Das ist ein Zuwachs von 53 Prozent.

Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation sind unser klares Bekenntnis zur Schlüsselrolle von Wissenschaft, Forschung und Innovation. Allein aus Bundesmitteln stehen für die drei Initiativen rund 14 Milliarden Euro zur Verfügung.

Ein klares Bekenntnis zur Priorität der Forschung haben auch die Unternehmen in Deutschland geleistet und ihre Investitionen deutlich erhöht. Nur so war es möglich, näher an das 3-Prozent-Ziel zu kommen.

Für die nächsten Jahre gilt, wir orientieren uns an Ländern wie China, Indien, Brasilien und Südkorea. Sie treiben ihre wissenschaftliche und technologische Entwicklung mit beeindruckender Dynamik voran. Das muss uns ermutigen, den eingeschlagenen Weg auch in den kommenden Jahren konsequent fortzusetzen.

## II.

Lassen Sie mich auch ein Wort sagen zu wichtigen Weichenstellungen, die zugleich schon einen Blick in die Zukunft ermöglichen:

Erstens: Am 2. Mai hat die Bundesregierung auf meinen Vorschlag hin den Entwurf des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes verabschiedet. Der Bundestag wird nach der Sommerpause darüber abstimmen.

Wir führen mit diesem Gesetz konsequent die in der ersten Phase der Wissenschaftsfreiheitsinitiative eingeleiteten Maßnahmen fort und stellen diese auf eine klare gesetzliche Grundlage. Das wird auch international wahrgenommen! Das Gesetz soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass bei Fragen von Haushalt, Personal, Beteiligungen und Bauverfahren eine größtmögliche Autonomie für die Wissenschaftseinrichtungen verankert wird. Diese neue Flexibilität soll unumgängliche Prozesse beschleunigen. Und sie eröffnet Gestaltungsspielräume bei Gehaltsfragen. Wenn es darum geht, Spitzenkräfte zu gewinnen und zu halten, dann ist das ein wichtiger Hebel.

Zweitens: Morgen tagt der Bewilligungsausschuss der Exzellenzinitiative. Mit der Fortsetzung der Exzellenzinitiative stellt sich Deutschland zum ersten Mal offensiv dem globalisierten Hochschulwettbewerb. Exzellenz an Hochschulen ist entscheidend für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die Hochschulen sind das Rückgrat unseres Wissenschaftssystems. Sie bilden unseren wissenschaftlichen Nachwuchs aus. Sie sind Exzellenzschmieden. Die Einheit von Forschung und Lehre ist ein hohes Gut.

Selbst Kritiker erkennen mittlerweile an, dass die Exzellenzinitiative an den deutschen Universitäten eine hohe Dynamik und eine große struktur- und profilbildende Wirkung entfaltet hat. Das liegt nicht zuletzt an den vielfältigen Verknüpfungen zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen: 34 der 39 derzeit laufenden Graduiertenschulen kooperieren mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Den größten Anteil daran stellt die Max-Planck-Gesellschaft. – Sie werden mir bestätigen, wie sinnvoll und fruchtbar diese Kooperationen sind.

Manche behaupten immer noch, dass von der Exzellenzinitiative letztlich nur wenige Hochschulen profitieren. Das stimmt ausdrücklich nicht. Wer so redet, blickt ausschließlich auf die bislang neun Universitäten, die mit ihren Zukunftskonzepten gefördert werden. Nehmen wir die Graduiertenschulen und Exzellenzcluster hinzu, dann kommen wir auf rund 80 Prozent der Hochschulen, in denen gefördert wird. Deshalb ist der Satz richtig, dass die Exzellenzinitiative die deutschen Universitäten insgesamt tief verändert hat.

Damit komme ich zum dritten Punkt: Wir brauchen Rahmenbedingungen, mit denen wir Hochschulen langfristig stärken können. Am 30. Mai hat das Kabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Artikels 91b des Grundgesetzes beschlossen. Das Ziel: Die langfristige und nachhaltige Förderung von exzellenten Einrichtungen durch Bund und Länder – unabhängig von deren institutioneller Anbindung an eine Hochschule oder eine außeruniversitäre Einrichtung. Das erleichtert auch wesentlich Verbindungen von Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen: Die Zuständigkeit für das Hochschulwesen bleibt auch nach der Grundgesetzänderung bei den Ländern. Wir werden nicht die Grundfinanzierung der Länder ersetzen. Der Bund wird auch nicht einzelne Hochschulen übernehmen. „Bundesuniversitäten“ wird es nicht geben. Es geht eben auch darum, in der Zeit nach der Exzellenzinitiative die Möglichkeit zu eröffnen, Forschungsschwerpunkte an Universitäten mit überregionaler Bedeutung dauerhaft in der Kooperation zwischen Bund und Land fördern zu können. Es kann nicht sein, dass wir herausragende Forschungsschwerpunkte und Institute erst aus der Universität herauslösen und in außeruniversitäre Organisationen bringen müssen, um Kooperationen zu ermöglichen.

Kern der Verfassungsänderung ist, dass Bund und Länder gemeinsam mehr in Wissenschaft, Forschung und Innovation investieren können. Dafür ist diese Grundgesetzänderung ein guter, wichtiger und dringend notwendiger Schritt.

### III.

Die vielen Kooperationsformen, die in den vergangenen Jahren auch über die Exzellenzinitiative hinaus in der Wissenschaftslandschaft entstanden sind, zeigen: Differenzierung und Profilbildung entfalten ihre volle Wirkung in strategischen Partnerschaften. Dort, wo sich spezifische Stärken ergänzen, kann ein Mehrwert für die Beteiligten und den Standort erzielt werden.

Deshalb sollten wir auch nicht zwischen Grundlagen- und angewandter Forschung unterscheiden: Die Max-Planck-Gesellschaft stellt immer wieder unter Beweis, dass

exzellente Grundlagenforschung und die Verwertung der Ergebnisse exzellent miteinander zu vereinbaren sind.

Beispielhaft nenne ich die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung, das „Herzstück“ unseres Rahmenprogramms Gesundheitsforschung. Die Max-Planck-Gesellschaft ist mit insgesamt sechs Instituten in den Zentren für Herz-Kreislaufforschung, für Lungenforschung und für Infektionsforschung vertreten. Bis vor kurzem war diese multidisziplinäre Kooperation universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen in einem gemeinsamen Deutschen Zentrum undenkbar.

Dabei bietet diese Einheit von Freiheit der Wissenschaft und verantwortlichem gesellschaftlichem Handeln wichtige Erfolgchancen: Die Erkenntnisse aus der Grundlagenforschung legen die Basis für weiterführende Forschungsansätze in der klinischen und der Translationsforschung und letztlich für neue Behandlungsmöglichkeiten und Diagnoseverfahren in der medizinischen Praxis.

Neue Formen der Zusammenarbeit setzen den Willen zu gemeinsamer Verantwortung voraus, und Kreativität und Beharrlichkeit, wenn es an die Ausgestaltung geht. Die Wissenschaft bringt dafür beste Voraussetzungen mit. Ich möchte Sie ermutigen, diese weiterhin einzubringen im Interesse der Max-Planck-Gesellschaft und des Wissenschaftsstandorts.

#### IV.

Die Energiewende ist eine solche Gemeinschaftsaufgabe ersten Ranges. Mit dem 6. Energieforschungsprogramm haben wir die Energieforschung auf die Themen ausgerichtet, die für den beschleunigten Umbau unseres Energiesystems zentral sind: erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung, Speicher und Netze. Sie werden eingebettet in eine Systemforschung, die die reibungslose Energieversorgung in den Blick nimmt.

Die Max-Planck-Gesellschaft ist für mich ein zentraler Partner bei der Lösung dieser Herausforderungen. Ich denke dabei beispielsweise an das neue Institut für chemische Energiekonversion. Die Max-Planck-Gesellschaft steht hier an der Spitze des Fortschritts.

Solche Zukunftsthemen, wie wir sie in Deutschland gerade angehen und die die öffentliche Diskussion bestimmen, machen unser Land und die Forschungsorganisationen interessant für Nachwuchskräfte aus der ganzen Welt.

Das ist unser Vorsprung bei der Suche nach Talenten. Weder die Suche nach neuen Erkenntnissen noch die Suche nach den besten Köpfen kann sich in nationalen Grenzen bewegen.

Für die Max-Planck-Gesellschaft ist das nichts Neues. Sie haben seit jeher eine starke internationale Tradition; und Sie haben sie in den letzten Jahren mit Erfolg ausgebaut: Rund ein Drittel der Max-Planck-Wissenschaftler und fast die Hälfte aller Doktoranden stammen heute aus dem Ausland. Die Zahl der Max-Planck-Center und Institute im Ausland wächst.

Bei der Nachwuchsförderung stehen Sie seit vielen Jahren erfolgreich an der Spitze. Ich nenne die „International Planck Research Schools“, die mit Mitteln des Pakts für Forschung und Innovation erheblich ausgebaut wurden. An ihnen zeigt sich beispielhaft die hervorragende Zusammenarbeit von Forschungsorganisationen und Hochschulen mit starker internationaler Ausstrahlung. Und natürlich nenne ich die Offensive der Max-Planck-Gesellschaft für Chancengerechtigkeit, die gezielt exzellente Forscherinnen und die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Laufbahn fördert.

## V.

Der Wissenschaftsrat hat sich vorgenommen, eine Stellungnahme zur Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland zu erarbeiten. Das kann eine gute Grundlage sein, um Dialog zwischen Wissenschaft und Politik für die weitere Entwicklung eines zukunftsfähigen, international attraktiven Wissenschaftssystem zu beraten. Ich gehe davon aus, dass diese Stellungnahme noch in dieser Legislaturperiode zur Verfügung steht und erste Beratungen möglich sind, die den Koalitionsvertrag der nächsten Bundesregierung prägen werden.

Alles bislang Erreichte ist eine Zwischenetappe. Weder die Wissenschaft noch die Politik darf in ihren Anstrengungen um die Zukunftsfähigkeit des Forschungsstandortes Deutschland nachlassen. Das gilt für die Investitionen des Bundes, der Länder und des Wirtschaft. Das gilt für strukturelle Weiterentwicklung. Das gilt für die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungsorganisationen. Das betrifft weitere Schritte zur Internationalisierung. Deutschland muss auf die weitere Stärkung der Innovationskraft setzen. Das ist nicht zuletzt die Voraussetzung für eine starke Wirtschaft. Das ist notwendig, wenn angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland der Wohlstand auch für künftige Generationen erhalten bleiben soll. Das ist der Schlüssel für das Gelingen der Energiewende. Ohne Forschung gibt es keine Energiewende.

Ich danke Ihnen nochmals herzlich für die Arbeit jedes einzelnen Instituts und der Max-Planck-Gesellschaft als Ganzer am Forschungsstandort Deutschland. Ich freue mich auf eine weitere gute Zusammenarbeit.